



Interview: Flüchtlinge

„Wir haben in unserem Unternehmen eine Quote eingeführt“



Peter Kulitz,
Präsident des Baden-
Württembergischen Industrie-
und Handelskammertags

Von Sonntagsreden hält Peter Kulitz nichts. Der Kammerpräsident und Chef der ESTA Apparatebau beschäftigt in seinem Unternehmen in Senden Flüchtlinge und will anderen Unternehmern damit ein Beispiel geben.

Staatsanzeiger: Herr Kulitz, wie hat sich das ergeben, dass Sie Flüchtlinge beschäftigen?

Mein Personalleiter kam zu mir und sagte, wir brauchen einen neuen Hausmeister. Worauf ich gefragt habe, habt ihr auch schon mal an einen Flüchtling gedacht? Ich habe daraufhin angeregt, bei Stellenbesetzungen grundsätzlich zu prüfen, ob ein Flüchtling eingesetzt werden kann. Inzwischen haben wir bereits vier eingestellt.

Kommt man denn so leicht an Flüchtlinge ran?

Wir haben gute Kontakte zu regionalen Behörden, etwa zum Landratsamt aber auch zur Caritas und anderen Organisationen, die wissen, dass wir bereit sind, Flüchtlinge einzustellen.

Muss man dabei mit bürokratischen Hemmnissen rechnen?

Es klappt mittlerweile besser. Am Anfang gab es Schwierigkeiten,

weil nicht immer klar war, ob ein Flüchtling eine Arbeitserlaubnis und ein Aufenthaltsrecht besitzt. Wir mussten auch schon mal jemand vorübergehend heimschicken, weil die Genehmigung vom Landratsamt fehlte. Das hat sich aber inzwischen gelegt.

Sehen Sie Ihr Engagement als Aufruf an Ihre Unternehmerkollegen, es Ihnen gleich zu tun?

Man muss differenzieren. Wir als Produktionsbetrieb können das leichter tun, weil wir bei Montagen einfachere Tätigkeiten haben. Das ist nicht in jeder Branche möglich oder scheitert an erforderlichen Sprachkenntnissen. Man kann das nicht generell erwarten. Aber ich denke schon, dass der ein oder andere sich Gedanken macht und das als gesellschaftspolitische Aufgabe betrachtet.

Klappt die Verständigung sprachlich und kulturell?

Wir haben bisher keinerlei Probleme. Wir haben drei Syrer und einen Nigerianer. Einer der Syrer konnte weder Englisch noch Deutsch. Aber sein syrischer Kollege nimmt ihn mit auf Montage. Diese Menschen sind bereit, flexibel eingesetzt zu werden oder unterwegs zu sein. Wir erleben ja durchaus bei Montagen, dass manche sagen, ja ich habe aber abends etwas anderes vor. Das Thema haben wir bei Flüchtlingen nicht. Die sind hochflexibel.

Tun Ihre Unternehmerkollegen genügend, um Flüchtlinge zu beschäftigen?

Wer sich mit der Problematik befasst, da ist die Bereitschaft hoch. Ob man das konkret umsetzen kann, hängt von der Geschäftsleistung ab. Die muss Erwartungen formulieren. Ich habe entschie-

den, wir führen bei uns eine 'zwei Prozent Quote' ein. Das haben wir mittlerweile erreicht. Kaum zu glauben, dass daran jemand aneckt, aber ich bekam Vorhaltungen, das sei ein Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz.

Inwiefern können Flüchtlinge dazu beitragen, die Fachkräftelücke zu decken?

Langfristig, das heißt in einem Zeithorizont von fünf Jahren, ist das denkbar. Ein bis zwei Jahre müssen sie sprachliche Fähigkeiten erwerben und ein kulturelles Verständnis entwickeln, denn es kommen die meisten aus einem ganz anderen Kulturkreis. Dann sollte eine duale Ausbildung folgen, die dauert auch drei Jahre. Nach fünf Jahren ist ein Fachkräfteniveau vor allem bei jungen Menschen, die hochmotiviert sind, durchaus möglich. Aber zu glauben, dass wir nach einem halben Jahr die tollen Fachkräfte haben, ist eine Illusion.

Halten Sie es für sinnvoll, Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen mit Lohnsubventionen zu unterstützen?

Das ist nicht das Thema und wäre auch die falsche Geisteshaltung. Wenn sie eine ordentliche Leistung bringen, werden sie adäquat entlohnt. Es geht darum, dass man diesen Menschen hilft und nicht darum, ein „Subventionsschnäppchen“ zu ergattern. Am Ende des Tages wird es langfristig auch eine Win-win-Situation geben. Im Moment sollte man das nicht so sehr mit den Augen eines Controllers sehen, sondern als gesellschaftspolitische Verantwortung. Daher sind Lohnsubventionen der falsche Ansatz.

Das Gespräch führte
Wolfgang Leja



Flüchtlinge werden von den Unternehmen derzeit noch überwiegend für Hilfstätigkeiten eingesetzt. FOTO: DPA

Netz von 37 „Kümmerern“ eingerichtet

Fast 98 000 Asylbegehrende kamen 2015 nach Baden-Württemberg. Drei Viertel der Flüchtlinge, die bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern in Baden-Württemberg arbeitssuchend sind, haben noch keine berufliche Qualifikation. Im aktuellen Jahr haben bislang (Stand 30. September) rund 14 500 Flüchtlinge eine Arbeit aufgenommen. Zudem haben fast 600 Flüchtlinge zum

neuen Ausbildungsjahr eine Ausbildung begonnen, wie eine Auswertung der Kammern von Industrie- und Handel sowie Handwerk im Auftrag des Wirtschaftsministeriums ergab.

Mittlerweile wurde ein Netz von landesweit 37 „Kümmerern“ bei 27 Trägern eingerichtet. Kontaktdaten bietet das Wirtschaftsministerium unter:

www.wm.baden-wuerttemberg.de